

Presseaussendung 13.02.2026

Gemeinsames Vorgehen in der Causa „Schießbühel“ beschlossen

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Bau- und Raumordnung der Marktgemeinde Gratwein-Straßengel (12. Februar 2026) konnte unter der Leitung von Obmann Stefan Primas eine von allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen getragene weitere Vorgehensweise in der Causa „Schießbühel“ vereinbart werden.

Grundlage für den gemeinsamen Beschluss ist ein neu beauftragtes Verkehrsgutachten. Dieses weist die Einmündung der Landesstraße in die Gemeindestraße als problematische Verkehrsstelle aus. Gleichzeitig kommt das Gutachten zum Ergebnis, dass eine zusätzliche Verkehrsbelastung nur in engen Grenzen zulässig ist – konkret maximal 15 weitere Verkehrsbewegungen pro Tag.

Auf Basis dieser Erkenntnisse haben sich alle Fraktionen darauf geeinigt, den gegenständlichen Bereich im Flächenwidmungsplan neu zu adaptieren und die verkehrstechnische Erschließung als Aufschließungserfordernis im Flächenwidmungsplan verbindlich festzulegen.

Im Klartext bedeutet dies: Eine weitere substanzielle Bebauung am Schießbühel kann künftig nur dann erfolgen, wenn die identifizierte Verkehrsstelle entschärft und entsprechend adaptiert wird. Eine solche Maßnahme könnte in Zukunft im Rahmen der Umsetzung der geplanten Verkehrsspanne realisiert werden.

In weiterer Folge wurde zudem vereinbart, im Anschluss an die Änderung des Flächenwidmungsplanes einen neuen Bebauungsplan für den Bereich Schießbühel zu erarbeiten. Mit diesem zweistufigen Vorgehen soll die Causa „Schießbühel“ vorerst abgeschlossen und ein klarer, nachvollziehbarer Rahmen für allfällige zukünftige Entwicklungen geschaffen werden.

Bürgermeisterin Doris Dirnberger, Vizebürgermeister Manfred Zettl sowie Obmann Stefan Primas bedanken sich ausdrücklich bei allen Fraktionen des Gemeinderates für die konstruktiven und lösungsorientierten Gespräche, die diesen gemeinsamen Weg möglich gemacht haben.